

Abstimmung vom 28.5.1978

## Jugend verliert gegen Autolobby: Nein zu zwölf autofreien Sonntagen

**Abgelehnt: Volksinitiative «für 12 motorfahrzeug-  
freie Sonntage pro Jahr»**

Brigitte Menzi

---

*Dieser Artikel ist erstmals 2010 im «Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007» erschienen, welches von Wolf Linder, Christian Bolliger und Yvan Rielle herausgegeben und beim Haupt Verlag publiziert wurde.*

**Empfohlene Zitierweise:** Menzi, Brigitte (2010): Jugend verliert gegen Autolobby: Nein zu zwölf autofreien Sonntagen. In: Linder, Wolf, Christian Bolliger und Yvan Rielle (Hg.): Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007. Bern: Haupt. S. 381–382.

**Herausgeber dieses Dokuments:** Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. [www.swissvotes.ch](http://www.swissvotes.ch).

## VORGESCHICHTE

1975 reicht eine Gruppe von Burgdorfer Technikumstudenten das Volksbegehren «für zwölf motorfahrzeugfreie Sonntage pro Jahr» ein, das die Erfahrungen der Erdölkrise von 1973 im Sinne des Umweltschutzes nutzen will. In Absprache mit den Initianten wird ausserdem ein Jahr später im Nationalrat eine Motion deponiert, welche dasselbe Anliegen über eine Veränderung des Strassenverkehrsgesetzes einzuführen versucht. Der Automobil Club der Schweiz (ACS) lässt verlauten, dass er jegliches derartige Gesetz mit einem Referendum bekämpfen werde.

Die Initiative stösst bei den Behörden auf Ablehnung. Während der Ständerat vor allem auf untragbare Kosten für die Tourismusbranche hinweist, bezweifelt der Bundesrat die Wirksamkeit des Volksbegehrens. In seiner Botschaft an das Parlament schreibt er: «Die Gesamtbelastung der Luft durch Abgase könnte nur in kleinem Mass gesenkt werden, weil viele Fahrten bloss vor oder nachverlegt oder auf andere Sonntage verschoben würden» (BBl 1977 II 1066). Er empfiehlt deshalb die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung. Die eidgenössischen Räte folgen der Landesregierung und verwerfen das Volksbegehren mit deutlichen Mehrheiten. Immerhin diskutiert die grosse Kammer verschiedene alternative Modelle, beispielsweise die Einführung von autofreien Sonntagen nur auf Bundesstrassen. Sie beauftragt zudem die zuständige Kommission mit der Ausarbeitung eines Berichts über die Möglichkeit eines einzelnen autofreien Sonntags, wobei dieser auf den Tag der Jugend gelegt werden soll.

## GEGENSTAND

Die Initiative hat folgenden Wortlaut: Am zweiten Sonntag jedes Monats ist in der ganzen Schweiz jeglicher private Motorfahrzeugverkehr und Motorflugzeugverkehr (inklusive Fahrzeuge mit Hilfsmotor) zu Lande, zu Wasser und in der Luft untersagt, und zwar jeweils von Sonntag 03.00 Uhr bis Montag 03.00 Uhr. Der Bundesrat bestimmt die Ausnahmen von diesem Verbot, sowohl in Bezug auf die Fahrberechtigung Privater als auch in Bezug auf die zeitliche Verschiebung dieser Sonntage.

## ABSTIMMUNGSKAMPF

Die Burgdorfer Initianten beteuern im Vorfeld der Abstimmung immer wieder, dass es ihnen vor allem darum gehe, zum Nachdenken anzuregen und die Bevölkerung zu einem bewussteren Umgang mit dem Auto zu motivieren. Es sei nämlich durchaus möglich, auch ohne Motorfahrzeug seinen Freizeitaktivitäten nachzugehen; erforderlich sei lediglich ein wenig mehr Organisation. Diese Meinung vertreten auch LdU, EVP, POCH und NA, welche die Japarole ausgeben.

Demgegenüber lehnen sämtliche bürgerliche Parteien sowie die Interessenverbände der Autoindustrie die Initiative ab. Wie schon bei der Initiative «für die vermehrte Mitbestimmung der Bundesversammlung und des Schweizer Volkes im Nationalstrassenbau» (vgl. Vorlage 279) stellen sich

einige der bürgerlichen Jungparteien gegen ihre Mutterpartei und kritisieren deren autofreundliche Haltung. Stimmfreigabe beschliessen die SP und die Gewerkschaften.

Die Gegner versichern den Initianten zwar, dass sie durchaus Verständnis für ihre Anliegen hätten, sie wehren sich aber vehement gegen gesetzlich festgelegte Einschränkungen des motorisierten Privatverkehrs. Die Vertreter des Tourismus und der Autoindustrie fürchten sich primär vor den ihrer Meinung nach gravierenden wirtschaftlichen Schäden der Initiative.

## ERGEBNIS

Am 28. Mai 1978 lehnt das Schweizer Stimmvolk die Initiative mit 63,7% Nein zu 36,3% Jastimmen klar ab. Die Stimmbeteiligung beträgt 49,1%. Während das Volksbegehren in der Westschweiz mit grossen Mehrheiten von teils deutlich mehr als zwei Dritteln Neinstimmen in Ungnade fällt, bringt ihm die deutsche Schweiz insgesamt etwas mehr Sympathie entgegen. In Bern, Zürich und Appenzell Ausserrhoden stimmen mehr als 40% der Initiative zu.

## QUELLEN

BBI 1977 II 1066; BBI 1977 III 916. Erläuterungen des Bundesrates. APS 1975 bis 1978: Verkehr und Infrastruktur – Strassenverkehr. Vox Nr. 6.

Ein Literaturverzeichnis mit den ausführlichen bibliographischen Angaben finden Sie auf unserer Website [www.swissvotes.ch](http://www.swissvotes.ch).